

© Privat



## Friedhelm Hengsbach

Friedhelm Hengsbach, geboren 1937 in Dortmund, trat 1957 der Gesellschaft Jesu bei und studierte 1959 bis 1962 an der ordens-eigenen Hochschule für Philosophie in München. Von 1964 bis 1968 studierte er Katholische Theologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. 1967 wurde er zum Priester geweiht. Von 1968 bis 1972 studierte er Wirtschaftswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und schloss das Studium 1976 mit einer Promotion ab. 1982 habilitierte er sich mit einer Schrift zum Thema Arbeitsethik. Von 1977 bis 1982 war er Lehrbeauftragter und von 1985 bis zu seiner Emeritierung 2005 Professor für Christliche Sozialwissenschaft/Wirtschafts- und Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen. Von 1992 bis 2006 leitete er das Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Seit 2008 lebt und arbeitet er in Ludwigshafen und gehört der Jesuitenkommunität im dortigen Heinrich-Pesch-Haus an.

Zu seinen jüngsten Buchveröffentlichungen zählen: „Ein anderer Kapitalismus ist möglich! Wie nach der Krise ein Leben gelingt“ (Bad Homburg 2009), „Gottes Volk im Exil. Anstöße zur Kirchenreform“ (Oberursel 2011) „Das Kreuz mit der Arbeit. Politische Predigten“ (Stuttgart 2011) und „Die Zeit gehört uns. Widerstand gegen das Regime der Beschleunigung“ (Frankfurt am Main 2013).

**Kontakt** Friedhelm Hengsbach SJ  
Heinrich Pesch Haus  
Frankenthaler Straße 229  
67059 Ludwigshafen  
Deutschland

# Primat der Politik oder die Krise metastasiert

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Sozialwissenschaftler Professor Friedhelm Hengsbach SJ

*Ein Temposchub hat die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts angestoßen. Der Sozialwissenschaftler Friedhelm Hengsbach bezeichnet die Dominanz der globalen Finanzmärkte als den treibenden Motor dieses Schubs. Er sieht eine Ursachenkette, die von den informationsgestützten Finanzmärkten ausgeht und alle Lebensbereiche erobert. Der Finanzkapitalismus hat das kollektive Zeitregime zerstört. Staatliche Organe werden von der Steigerung der Geschwindigkeit ebenso erfasst wie die Unternehmen. Am Ende trifft die Kaskade der Beschleunigung die privaten Haushalte. In seinem Buch „Die Zeit gehört uns. Widerstand gegen das Regime der Beschleunigung“ (Westend, Frankfurt am Main 2013) plädiert Hengsbach für eine Entschleunigung sowie eine Rückeroberung der Hegemonie demokratisch legitimierter Staaten gegen die Dominanz der Finanzmärkte. Zugleich fordert er die Umstrukturierung der Industriegesellschaft in eine Wirtschaft, die stärker auf humane Bedürfnisse orientiert ist.*

**conturen:** Herr Professor Hengsbach, die Finanzkrise brach über die westliche Welt herein wie ein Erdbeben. Sie offenbarte die enorme Abhängigkeit von den Finanzmärkten. Wie konnte es sein, dass man das nicht vorhergesehen hat?

**Friedhelm Hengsbach:** Das ist für mich auch ein großes Rätsel. Ich denke, man hat sich fahrlässig den Forderungen der Finanzmärkte ausgeliefert. Zu Beginn des Jahrhunderts stellte der damalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank Rolf Breuer in einem programmatischen Artikel rhetorisch die Frage, ob die Finanzmärkte nicht die Fünfte Gewalt in der Demokratie seien. Er meinte, die millionenfachen täglichen Entscheidungen der Aktionäre könnten den nationalen Regierungen bessere Signale geben, was vernünftige Politik sei, als die alle vier Jahre stattfindenden Parlamentswahlen. Vernünftige Politik im Sinn der Finanzmärkte bedeutet, möglichst wenig Umverteilung zu organisieren, die Gewerkschaften in Schach zu halten, die Lohnentwicklung nur mo-

---

---

**Die Finanzkrise  
kam wie ein  
Erdbeben**

---

---

---

---

**Finanzmärkte als  
„Fünfte Gewalt“?**

---

---

---

---

**Kein Gegengewicht der Politik**

---

---

---

---

**B.A. Lietaer:  
98% Spekulation**

---

---

---

---

**Falsches Bild  
"kapitalistischer  
Dynamik"**

---

---

---

---

**J. Ackermann:  
„Selbst-  
heilungskräfte“  
des Marktes?**

---

---

derat zuzulassen sowie Steuern und Abgaben zu senken. Die Politiker hätten diese Überlegungen sofort zurückweisen können. Tatsächlich aber bemühten sie sich, den Finanzplatz Deutschland fit zu machen für die Konkurrenz mit London und New York. Sie ließen Hedgefonds zu und all die neuen Finanzprodukte, die wesentlich zu dieser Finanzkrise beitrugen, und bildeten kein Gegengewicht, um die Finanzmärkte zu regeln und zu ordnen, wie dies vom Konzept der Ordnungsentwürfe der sozialen Marktwirtschaft vorgesehen ist.

**conturen:** Der belgische Finanzexperte Bernard A. Lietaer warnte bereits im Jahr 2000 nach der Währungskrise in Mexiko 1995, der Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien 1997/98 und der Krise in Brasilien 1999 vor einem großen Crash. Von den zwei Billionen Dollar, die jährlich um den Erdball kreisten, würden nur zwei Prozent der Bezahlung von Waren und Dienstleistungen dienen, der Rest sei Spekulation. Haben die Regierungen vor diesen Tatsachen bewusst die Augen verschlossen?

**Friedhelm Hengsbach:** Es wurde immer argumentiert, solche Warnungen kämen von Querköpfen, die noch nicht mit den neuen Regeln einer globalisierten Wirtschaft vertraut seien. Diese würde nicht von der Realwirtschaft getrieben, sondern in ihr sei die Hegemonie der Finanzmärkte der entscheidende Motor der kapitalistischen Dynamik. Die Finanzakteure verwiesen darauf, dass die Finanzmärkte die idealen Typen eines Marktes seien. Vor allem seien sie informationseffizient. Denn was in den Aktien- und sonstigen Kursen signalisiert werde, sei der eigentliche Wert eines Unternehmens. Das war das große Märchen, auf das auch die Politiker hereinfließen.

Interessanterweise musste nach dem Ausbrechen der Krise selbst Otmar Issing, der frühere Chefvolkswirt sowohl der Deutschen Bundesbank als auch der Europäischen Zentralbank, zugeben, er hätte nicht gedacht, dass die Informationseffizienz der Finanzmärkte so gering sei. Auch der frühere Vorstandsvorsitzende der Commerzbank Klaus-Peter Müller räumte ein, die Banken hätten Fehler gemacht. Und Josef Ackermann, der frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank, gestand nach der Pleite der Lehman Brothers, dass er nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes glaube.

Tatsächlich werden die Finanzmärkte anders gesteuert als die Gütermärkte, die durch Produktionsfaktoren wie Arbeit, Kapital,

Technikanlagen und dergleichen real verankert sind. Die Finanzmärkte werden von subjektiven Erwartungen gelenkt. Entscheidend ist, wie wertvoll eine Anlage oder eine Immobilie in der Zukunft sein wird. Das sind subjektive Einschätzungen. So haben wir eine virtuelle Welt, die von Erwartungen geschaffen wird. Die einzelnen Akteure beobachten einander. Dadurch kommt es zu einem gegenseitigen Hochschaukeln positiven Überschwangs, der von irrationalen Stimmungen begleitet wird. Dennoch brauche man nicht einzugreifen. Es werde sich alles von selbst wieder einpendeln. Das war auch die Meinung der Zentralbanken. Vermögensmärkte und Vermögenspreise müsse man nicht steuern. Man müsse nur dafür sorgen, dass das reale Güterpreisniveau halbwegs stabil bleibe.

---

---

*Eine subjektive,  
virtuelle Welt*

---

---

**conturen:** Die Reaktion der Regierungen auf die Krise war ein gigantisches Bankenrettungsprogramm – plötzlich war Geld in Milliardenhöhe vorhanden. Würden Sie im Rückblick sagen, dass dieses Rettungsprogramm ein Fehler war? Wäre eine Insolvenz der bessere Weg gewesen?

---

---

*Die Banken-  
rettung – ein  
Fehler?*

---

---

**Friedhelm Hengsbach:** Die Regierungen waren auf diese Krise nicht vorbereitet. Man hatte die Banken immer größer werden lassen, sodass man Instituten gegenüberstand, die dermaßen groß waren, dass man sie weder zerschlagen noch fallen lassen konnte. Darauf zielte auch die apokalyptische Drohung der Finanzakteure, wenn die Banken nicht gerettet würden, werde weltweit der gesamte Zahlungsverkehr zusammenbrechen. Vor dieser Drohung zitterten die nationalen Regierungen. Sie wurden damit in die Bankenrettung hineingezogen.

Diese Rettung bestand darin, dass die in der Vorkrise aufgeblähten Vermögenswerte nicht durch eine Insolvenz auf das ursprüngliche Niveau fallen gelassen, sondern erhalten wurden. Der Staat übernahm Bürgschaften, Kapitalbeteiligungen und eben auch diese Schrotthaufen, die die Banken durch ihre riskanten Operationen und Kreditvergaben aufgehäuft hatten. Damit verschuldete er sich selbst und war wiederum auf die Banken angewiesen, dass sie ihm die entsprechenden Kredite gaben, um öffentliche Güter nicht durch Steuererhöhung finanzieren zu müssen. Er war kooperative Geisel dieser riskanten und am Ende destruktiven Entwicklung auf den Finanzmärkten und er wurde auch als Geisel in Anspruch genommen. Man erpresste ihn dermaßen, dass auch die Rettungspläne und die Rettungsstrategien

---

---

*Der Staat als  
erpresste Geisel*

---

---

von Unternehmen vorbereitet und formuliert wurden, die von den Banken abhängig waren.

---

---

**Der Staat von den Finanzmärkten abhängig?**

---

---

**conturen:** Es gibt die These, dass die hohe Staatsverschuldung den Staat in die Abhängigkeit von den Finanzmärkten treibe. Auch Sie verweisen darauf, dass der Staat auf die Banken angewiesen sei, um seine Aufgaben zu finanzieren. Wie könnte die Abhängigkeit des Staates von den Finanzmärkten gemindert werden?

---

---

**Teufelskreis Bankenrettung – Staatsverschuldung**

---

---

**Friedhelm Hengsbach:** Die Banken rufen nach dem Staat und der Staat verschuldet sich, um sie zu retten. Anschließend werfen die Banken dem Staat vor, dass er so hoch verschuldet sei und die Verschuldung nicht schnell genug abbaue. Der Staat wiederum braucht die Banken, weil er keine Steuern erhöhen will. Man hätte einen Großteil der Wiedervereinigung durch eine Steuererhöhung oder eine Vermögensabgabe finanzieren können, wie das nach dem Krieg der Fall war. Stattdessen hat sich der Staat verschuldet und auch die Sozialversicherungssysteme belastet, um Solidarität zu praktizieren. Das war eine Fehlentscheidung. Bei der Bankenrettung war es ähnlich. Statt die Gläubiger und die Banken, die durch eine explosive Kreditvergabe dazu beigetragen hatten, diese Vermögensblase aufzubauen, heranzuziehen oder eine entsprechende Steuer- und Abgabegesetzgebung zu beschließen, um die Verschuldung zu vermeiden, wiederholte man die Politik der Finanzmarktförderung vor der Krise: Damals wurden die so genannten oberen Leistungsträger entlastet, während die Gewinne der Banken aus dem Verkauf der Industriebeteiligungen steuerfrei blieben. Die Kapitalgesellschaften wurden nicht als gewinnorientierte Unternehmen, sondern als Vermögensverwaltungen betrachtet und damit praktisch steuerfrei gestellt.

---

---

**Kredite für öffentliche Güter**

---

---

Es ist schon bedenklich, dass der Staat, um öffentliche Güter bereitzustellen, sich bei privaten Banken, die auch noch Gewinne machen, Kredite besorgen muss. Denn dass die Banken bestimmen können, was in einer Gesellschaft notwendig ist und was an öffentlichen Gütern bereitgestellt werden soll, ist eine Umkehrung der Prioritäten. Ich sehe die Alternative zu diesem Staat-Banken-Komplex darin, dass der Staat sich von der Notenbank zinslose Kredite holen kann für öffentliche Güter, für die Infrastruktur, für Bildung und Gesundheit, allerdings unter Auflagen. Das ist wichtig in Anbetracht der negativen Erfahrungen, die man

in den dreißiger Jahren unter dem Hitler-Regime gemacht hat, das diese zinslosen Kredite für die Rüstung und die Vorbereitung des Krieges verwendete. Aber es ist an der Zeit, mit diesem Horrorgemälde ähnlich dem Horrorgemälde der Inflation der zwanziger Jahre endlich aufzuräumen.

**conturen:** Mit Ihrem Buch „Die Zeit gehört uns“ lenken Sie den Blick auf einen besonderen Aspekt, in dem die Abhängigkeit von den Finanzmärkten ihre Wirkung entfaltet und das ist die Kaskade der Beschleunigung. Von den Unternehmen wird dieser Zwang zur Beschleunigung meist als Wettbewerbsdruck beschrieben. Ist das Ihrer Einschätzung nach tatsächlich ein notwendiger Zwang, dem sich die Unternehmen unterwerfen müssen, um zu überleben, oder ginge es auch anders?

**Friedhelm Hengsbach:** Das Wort von den Zwängen, denen wir alle ausgeliefert seien, gibt vor, als wäre das Wirtschaftsgeschehen ein Naturereignis. Der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer formulierte das in einem Dialog mit dem ehemaligen Bischof von Limburg Franz Kamphaus auch so. Wie das Wasser nicht den Berg hinauf fließe, ließen sich die Funktionsregeln des Marktes nicht durch Kanzelreden und auch nicht durch parlamentarische Beschlüsse außer Kraft setzen. Wir müssten uns an diese Gesetze halten. Aber diese Gesetze sind von Menschen gemacht. Das war auch immer die Überzeugung der Ordoliberalen. Die Wirtschaft laufe nicht von selbst, sondern sei eingebettet in gesellschaftliche Voraussetzungen, moralische Überzeugungen, rechtliche Ordnungen und politische Rahmenbestimmungen. Insofern ist diese Idee von den Zwängen des Marktes oder von der Stimme der Märkte, auf die die Politiker hören müssten oder von der Politik, die marktkonform sein müsse, wie Angela Merkel es einmal formulierte, eine Selbsttäuschung. Diese Zwänge kann man auf Ursachen zurückführen, die von den kollektiven Akteuren ausgelöst wurden.

Die Kaskade der Beschleunigung, die von den Großbanken, den Versicherungskonzernen, den Kapitalbeteiligungsgesellschaften, den Rating-Agenturen und schließlich auch den professionellen Analysten als Kollektiv verursacht wird, ist für mich ein Merkmal der Finanzmärkte, die sich von der Realwirtschaft abgekoppelt haben. Einen weiteren Schub an Beschleunigung lösten die neuen Informations- und Kommunikationstechniken aus. Während ein normaler Börsenhändler in einer Minute drei bis vier Handelsge-

---

---

*Eine Kaskade der Beschleunigung*

---

---

---

---

*Es gibt keine „Marktzwänge“*

---

---

---

---

*Abgekoppelte Finanzmärkte*

---

---

---

---

**60 Milliarden  
Geschäfte pro Tag**

---

---

schäfte erledigen kann, bringt es ein automatisches Handelssystem auf hundert Millionen Geschäfte. Das sind sechs Milliarden Geschäfte pro Stunde und sechzig Milliarden Geschäfte pro Tag. Von Menschen können solche Vorgänge nicht mehr gesteuert werden.

---

---

**Das Diktat des  
Shareholder  
Value**

---

---

Dieser Beschleunigungsdruck überträgt sich auf die börsennotierten Unternehmen, in denen es darum geht, den Shareholder-Value zu maximieren und in denen anders als früher ausschließlich die Interessen der Aktionäre gelten. Die Interessen der Belegschaften, Kunden, Lieferanten oder auch der öffentlichen Hand spielen keine Rolle mehr. Die wertschaffenden Akteure im Unternehmen sind die Manager. Sie werden mit überdurchschnittlichen Gehaltszahlungen und Boni auch entsprechend honoriert, während der große Teil der Belegschaft nur als Kostenfaktor gesehen wird. Die Konsequenz ist Personalabbau und Konzentration auf das Kerngeschäft, um den Betrieb so zu verschlanken, dass die Interessen der Aktionäre, die das Unternehmen als Vermögensgegenstand betrachten, maximal bedient werden. Damit entsteht im Unternehmen auch noch einmal ein Druck nach unten: Dieselbe Arbeit muss in der Hälfte der Zeit erledigt werden. Die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und privater Sphäre werden aufgelöst. Man muss auch am Wochenende abrufbereit sein für notwendige Arbeiten. So kommt es selbst in den privaten Haushalten zu einer Beschleunigung, die zusätzlich durch ein Gefälle zwischen den Männern und Frauen gekennzeichnet ist. Den Frauen fällt die Doppelbelastung zu, erwerbstätig zu sein, zum Familieneinkommen beizutragen und die Kinderbetreuung zu übernehmen.

---

---

**Dieselbe Arbeit  
in der Hälfte der  
Zeit**

---

---

---

---

**Doppelt  
belastete Frauen**

---

---

**conturen:** Man sollte meinen, dass Arbeitslose oder geringfügig Beschäftigte Zeit und Muße hätten. Dem ist aber nicht so. Gerade von Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, hört man, wie ihr Leben zeitlich aus den Fugen geriet. Sie haben für nichts mehr Zeit. Wie erklären Sie sich das?

---

---

**Die Zeit als  
Chiffre**

---

---

**Friedhelm Hengsbach:** Wir müssen unsere Vorstellung über die Zeit korrigieren. Die Zeit ist nicht irgendein Behälter, in dem man sich autonom einrichten kann mit seinen Handlungsoptionen und dem, was man gerne tut. Sie ist eine Chiffre dafür, ob die eigenen Vorstellungen vom guten und gelingenden Handeln in Übereinstimmung gebracht werden können mit dem, was andere als gutes Handeln empfinden. Das sieht man beim Spiel der Kin-

der oder bei Verliebten. Da spielt Zeit gar keine Rolle. Der Zeitdruck entsteht, wenn man von außen fremdbestimmt wird – durch betriebliche Erwartungen oder durch unternehmerische Macht oder auch durch politische Vorstellungen der Wachstumsbeschleunigung. Dann wird das Gleichgewicht, in dem wir leben, gestört. Bei Arbeitslosen ist das extrem der Fall. Da geraten all die inneren Rhythmen durcheinander. Denn es gelingt nicht, die eigenen Lebensvorstellungen in Übereinstimmung zu bringen mit den Möglichkeiten, die die Gesellschaft, die Wirtschaft oder der Staat vorgeben.

**conturen:** Das Konzept der solidarischen Halbtagsgesellschaft, das Sie in Ihrem Buch beschreiben, wurde bereits vor Jahrzehnten propagiert. Jeanne Hersch zum Beispiel hat solche Modelle vorgestellt. Die Wirtschaft aber hat sich diesen Ideen komplett verweigert. Sie will die Arbeitnehmer ganz und allzeit verfügbar. Wenn die Frauen keine familienfreundlichen Arbeitszeiten durchsetzen konnten, glauben Sie, dass es den Männern gelingen wird?

**Friedhelm Hengsbach:** Der Einzelne, auch der einzelne Mann, der versucht, seine Erwerbsarbeit zu reduzieren, steht natürlich auf einem relativ verlorenen Posten. Es müssen die, die potenzielle Macht haben, aktiviert werden. Das ist zunächst einmal der Staat, der sich behaupten und die allgemeinen Interessen gegen die privaten Lobbyinteressen durchsetzen muss. Es ist widersinnig, dass er den Lobbygruppen dermaßen nachgibt, wie das gegenwärtig geschieht.

Die zweite Gegenmacht sollten die Gewerkschaften sein. Sie waren einmal angetreten, kollektive Arbeitszeitverkürzung als ihr Programm anzusehen und forderten, die Produktivitätsfortschritte sowohl in Einkommen, als auch in einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit umzusetzen. Tatsächlich aber stockt der Einstieg in die 35-Stunden-Woche, weil die Arbeitgeber behaupteten, kollektive Arbeitszeitverkürzung erhöhe nur die Arbeitslosigkeit. Das von ihnen vorgeschlagene Modell ist die Flexibilisierung. Damit können die Arbeitnehmer zum Teil ihre Arbeitszeit selbst bestimmen, aber nur zum Teil. Denn überwiegend wird sie von den Interessen der Unternehmen bestimmt. Das heißt, es gibt zwar Freizeit, jedoch keine Festzeit. Das statistische Bundesamt stellte eine Zunahme der Wochenendarbeit, der Samstagarbeit, der Sonntagsarbeit, der Nachtarbeit, der Schichtarbeit und der Arbeit zu ungünstigen Tageszeiten fest. Und wenn in einer Partnerschaft

---

---

**Zeitdruck durch  
Fremdbestimmung**

---

---

---

---

**Jeanne Hersch**

---

---

---

---

**Lobbying-  
interessen**

---

---

---

---

**Gewerkschaften**

---

---

---

---

**Flexibilisierung**

---

---



---

---

**Wochenendarbeit  
nimmt zu**

---

---

der eine Partner heute frei hat und der andere übermorgen, dann kommt genau dieser Zeitdruck zustande, dass die eigenen Handlungsfolgen mit den Handlungsfolgen der Menschen, die man gern hat und mit denen gemeinsam man etwas unternehmen möchte, nicht übereinstimmen. Die Gewerkschaften haben unter dem Druck der Arbeitgeber, der hohen Arbeitslosigkeit und auch der staatlichen Entregelung der Arbeitsverhältnisse ihre Macht weitgehend verloren. Die müssen sie wieder gewinnen. Sie müssen wieder die Hoheit über die Tarifautonomie gewinnen und nicht nach einem Mindestlohn schreien, den der Staat verordnen soll.

**conturen:** Der Club of Rome prognostizierte bereits zu Beginn der achtziger Jahre, dass uns die Arbeit ausgehen würde. Von der Spielgesellschaft war die Rede. Arbeit wurde durch die enorme Effizienzsteigerung auch zu einem knappen Gut. Aber dies führte nicht in das Paradies einer Spielgesellschaft, sondern dazu, dass Teile der Bevölkerung von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen wurden...

**Friedhelm Hengsbach:** An der politisch zugelassenen und beabsichtigten extremen Schieflage der Einkommens- und Arbeitszeitverteilung kann man ablesen, dass es nicht nur um die Verteilung von Wertschöpfung geht und nicht einmal allein um die Verteilung von Erwerbsarbeit. Man muss den Bogen viel weiter spannen und darf die Lebensqualität eines Landes nicht ausschließlich durch das Volumen an Erwerbsarbeit, die daraus gewonnenen Einkommen und den Konsum bestimmen. Denn dieser Ansatz mündet in eine Wachstumskritik, die sich mit einer bloßen Konsumkritik begnügt. Eine solche Kritik greift zu kurz, weil sie nur den Endverbraucher und die Kaufentscheidungen der Menschen im Blick hat und nicht das ganze Produktionsregime, das dafür verantwortlich ist, was konsumiert wird und in welchem Ausmaß.

---

---

**Was ist Lebens-  
qualität?**

---

---

Wir haben in der Gesellschaft drei verschiedene Formen von Arbeit. Das ist auf der einen Seite die Erwerbsarbeit, die vor allem in der Industrie abnimmt. Es ist offensichtlich, dass dieses Arbeitsvolumen erheblich sinkt und es möglich ist, mit immer weniger Menschen dasselbe Ausmaß an Produkten, Waren und Dienstleistungen bereitzustellen. Auf der anderen Seite haben wir die private Hausarbeit, die in der Regel unbezahlt ist und überwiegend von Frauen geleistet wird, insbesondere wenn es um Kin-

---

---

**Drei Formen der  
Arbeit**

---

---

derbetreuung geht. Und das Dritte wäre das gesellschaftliche Engagement, das mit kleinen Aufwandsentschädigungen unterstützt wird. Dann gibt es drei verschiedene Einkommensarten: das Erwerbseinkommen, das Kapitaleinkommen und das Transfereinkommen, also die Sozialleistungen, die über die öffentlichen Haushalte zustande kommen. Diese drei Einkommensarten müssen auf beide Geschlechter fair verteilt werden. Für den Lebensstandard, der über die Erwerbsarbeit zustande kommt, bräuchten wir nur zwanzig Stunden die Woche. Pater Oswald von Nell-Breuning sah das noch drastischer. Er meinte, wir bräuchten für den gegenwärtigen Konsumstandard – er dachte überwiegend an Industriegüter – nur zwei Tage in der Woche zu arbeiten.

---

---

*Drei Einkommensarten*

---

---

---

---

*Nell-Breuning:  
Nur zwei Tage arbeiten*

---

---

Damit die Folge dieser Entwicklung in einer drastischen Arbeitszeitverkürzung, also einer Halbierung der jetzt noch durchschnittlich 42 Stunden pro Woche geleisteten Arbeit und nicht in einer Masse an Arbeitslosen besteht, brauchen wir eine Umstrukturierung. Es geht nicht um ein Schrumpfen, weder des Lebensstandards, noch unserer Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit, sondern um die Umstrukturierung einer Industriegewirtschaft in eine Wirtschaft, die stärker auf humane Bedürfnisse orientiert ist, die also Gesundheitsleistungen, Bildungseinrichtungen und kulturelle Angebote ausweitet und breit fächert.

---

---

*Die Misere des sozialen Sektors*

---

---

Die gegenwärtige Misere des sozialen Sektors liegt darin, dass die Dienste, die dort notwendig sind, weil sie stark personenbezogen sind, nach den Kriterien der Industrie bewertet werden. Das ergibt ein völlig falsches Bild von diesen Tätigkeiten. Denn diese personennahen Dienste kommen nur zustande, wenn die, die sie anbieten, und die, die sie nachfragen, kooperieren und zwar gleichzeitig. Das Ergebnis einer Gesundheitsleistung ist nicht nach den Kriterien des Messens und Zählens und Wiegens zu beurteilen. Das Umlenken des Wirtschaftsystems auf diese Sektoren, in denen es um die humanen Bedürfnisse geht, wäre eine Zukunftsaufgabe, in deren Folge sich eine Halbtagsgesellschaft ebenso realisieren ließe wie der ökologische Umbau und schließlich die Entschleunigung des gesamten Produktionsregimes.

---

---

*Humane Bedürfnisse*

---

---

**conturen:** Sie stellen in Ihrem Buch die Frage, ob die zahlreichen Reden über Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Beteiligung und vor allem als Weg aus der Arbeitslosigkeit nicht von der Unfähigkeit ablenken sollen, sinnvolle und sichere Arbeit anzubieten. Dieser Verdacht drängt sich in der Tat auf und der Staat

ist genauso ein Vorreiter oder Mitspieler, wie es leider auch die kirchlichen Einrichtungen als Arbeitgeber sind. Wo könnte hier ein Umdenken einsetzen?

---

---

**Die „Bildungs-  
katastrophe“**

---

---

**Friedhelm Hengsbach:** 1964 wurde schon einmal eine Bildungskatastrophe ausgerufen. Die Folge war tatsächlich eine enorme Anstrengung, durch die öffentliche Hand Universitäten zu bauen, um Jugendlichen, die bisher keinen Zugang zu weiterbildenden Schulen hatten, eine Ausbildung zu ermöglichen. Der Wirtschaft wurde eine Jugend angeboten, die so qualifiziert war wie nie vorher. Aber nach der Ölpreiserhöhung schloss die Wirtschaft gleichsam die Türen. Sie nahm gar nicht alle Jugendlichen auf, sondern sortierte. Während früher auch bei den Banken Realschüler und Hauptschüler eine Chance hatten, in das Beschäftigungssystem hineinzukommen, war das in der Folge nur noch für Abiturienten und am Ende nur noch für Hochschulabsolventen möglich.

Es ist also die Wirtschaft, die entscheidet, ob qualifizierte Menschen mit einem höheren Bildungsstand aufgenommen werden. Deshalb bin ich überzeugt, dass gesellschaftliche Beteiligung in erster Linie durch Einbindung in die gesellschaftlich organisierte Arbeit erfolgt. Die Alternativen, die dazu genannt werden, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen oder die Orientierung an der Bildung, was im Grunde nur Hochschulförderung meint, schaffen da keine Veränderung. All die Maßnahmen zur Förderung einer so genannten Wissensgesellschaft bedeuten noch längst keine höhere Bildung. Denn Wissen und Fachkompetenz sind an Subjekte gebunden, die in der Flut von Informationen urteilen müssen, was wichtig und gut ist. Wissen allein, etwa naturwissenschaftliche Kenntnisse, möglichst fragmentiert, dass man sie sich schnell aneignet und auch wieder schnell abstoßen kann, hat mit Bildung nichts zu tun.

---

---

**Wissen allein ist  
nicht Bildung**

---

---

Es ist irrig zu meinen, dass man Arbeit durch Bildung gewinnt. Vielmehr wird man gebildet durch die Arbeit. Das politisch zugelassene Drama der Jugendlichen besteht darin, dass die Wirtschaft und vor allem die großen Unternehmen so wenig in die Ausbildung investieren und zwar sowohl in die unmittelbar betriebliche, als auch in die dual organisierte mit Schulen auf der einen Seite und Betrieben auf der anderen. Statt den jungen Menschen, die jetzt noch in den Warteschleifen hängen, die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben und diejenigen, die ausgebildet sind, in das Beschäftigungssystem eintreten zu lassen – an

---

---

**Verhältnis  
Arbeit – Bildung**

---

---

beiden Schwellen hakt es –, wird der Fachkräftemangel bejammert. Immer noch befindet sich eine große Anzahl junger Menschen in diesem Paralleluniversum, in Berufsvorbereitung, in Praktika oder in Arbeit zur Probe, was keine Lebensperspektive bietet. Und wenn das Ausbildungssystem und das Berufsleben so durchlöchert werden, kann man schlecht erwarten, dass diese jungen Menschen eine positive Zukunftserwartung haben, mit der sie ein gelingendes Leben mit einer Partnerin und mit Kindern ins Auge fassen.

**conturen:** Während Sie die Rückeroberung der Tarifhoheit fordern, gibt es Prognosen, die in eine noch viel düstere Zukunft weisen. So werde es bald überhaupt keine Arbeitsverhältnisse der bisher bekannten Art mehr geben. Vielmehr werden Unternehmen einzelne Projekte und Aufgaben im Internet ausschreiben und wer die beste Lösung liefert, bekommt den Zuschlag. Wie wollen Sie eine solche Entwicklung aufhalten?

**Friedhelm Hengsbach:** Durch eine Wiedereroberung der Gewerkschaftsmacht kann erreicht werden, was einmal die Deutschland AG oder der Rheinische Kapitalismus war. Auf Dauer führen solche Prozesse der Individualisierung oder Kommerzialisierung abhängiger Beschäftigung oder der Auflösung abhängiger Beschäftigung in Werkverträge oder Scheinselbständigkeiten nämlich genau zu dem Phänomen der Altersarmut, das jetzt in der Politik Arbeitsministerin Ursula von der Leyen aufdeckt. Wenn auf den Arbeitsmärkten eine totale Individualisierung stattfindet und es keine kollektive Gegenmacht gegen die Übermacht der Kapitalseite mehr gibt, dann kann es zu dem kommen, was wir in den südeuropäischen Ländern erleben, zu Hungerrevolten.

Um diesen Extremzustand zu vermeiden, muss die Macht der Gewerkschaften wieder gefestigt werden. Der Staat muss die Entregelung der Arbeitsverhältnisse, die er mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen begonnen hat, wieder zurück nehmen. Denn die Folgen sind offensichtlich. Die Spaltung der Gesellschaft wird vergrößert und die Fragen der Gerechtigkeit werden wieder aktuell. Die Situation in Europa wird dazu führen, dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität ein größeres Gewicht bekommen. Denn man sieht die Risiken viel deutlicher, die eine Entregelung der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Sicherungssysteme bergen.

---

---

*Keine Lebensperspektive für Junge*

---

---

---

---

*„Rheinischer Kapitalismus“*

---

---

---

---

*Altersarmut und Hungerrevolten*

---

---

---

---

*Spaltung der Gesellschaft*

---

---

---

---

**Angela Merkel**

---

---

**conturen:** Sie haben auf Angela Merkel verwiesen, die für eine „marktkonforme Demokratie“ warb. Tatsächlich gibt es offensichtlich keine moderne Demokratie ohne kapitalistische Marktwirtschaft. Aber wie eng sollten die Verflechtungen sein beziehungsweise wem sollte die Hegemonie zukommen?

---

---

**G. Schröder:  
Der Staat regiert  
nicht, er  
moderiert**

---

---

**Friedhelm Hengsbach:** Ich erinnere mich an einen programmatischen Artikel von Gerhard Schröder darüber, was der Staat kann und was nicht. Der Staat könne nicht mehr regieren. Er könne das allgemeine Interesse nicht gegen die privaten Interessen durchsetzen. Die Regierung könne nur moderieren. Sie könne ein politisches Netzwerk aufbauen, in dem die staatlichen Organe ein Knoten seien ebenso wie Unternehmen oder Unternehmensverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Bewegungen, die Kirchen oder sonstige Gruppierungen in der Gesellschaft. Wer so denkt, verabschiedet sich vom Mandat des Staates, das allgemeine Interesse durchzusetzen gegenüber den privaten Interessen.

---

---

**Aufwertung privater Interessen**

---

---

Diese Tendenz zur Aufwertung privater Interessen nahm in den letzten Jahren eher zu. In den Ministerien wurden Büros eingerichtet für Angestellte von Konzernen, damit sie Einblick bekommen in das politische Regime und auch umgekehrt, dass die Politiker und Verwaltungsbeamten Einblick bekommen in die Interessenlagen der Unternehmen. Seitenwechsel nannte man das. Herausgekommen ist, dass die Angestellten der Unternehmen die Gesetze mit vorbereitet haben, die nachher für sie gelten sollten. Ganz extrem wurde das bei der Bankenrettung praktiziert. Die Abgeordneten mussten aufgrund der Sachzwänge und der Alternativlosigkeit, wie man das nannte, innerhalb kürzester Zeit einem Vertrag zustimmen. Sie hatten fast keine Möglichkeit, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden. Diese Verfahren waren von privaten Interessen längst vorbereitet.

Ich habe den Eindruck, dass sich die staatlichen Entscheidungsträger gegenwärtig stärker auf ihr Mandat besinnen. Diese Formel von der Marktkonformität der Demokratie nimmt Angela Merkel nicht mehr in den Mund, wie man von ihr manches nicht mehr hört, was sie vor ein oder zwei Jahren vollmundig behauptete. Damals ging die ganze politische Energie darauf, Griechenland herunterzumachen und zur Verantwortung zu rufen. Aber da hat sich viel verändert. Ich bin erfreut, dass es in der Politik Lernprozesse gibt, die den Vorrang politischer Entscheidungen und auch deren Langsamkeit rechtfertigen gegenüber den Unter-

---

---

**Griechenland**

---

---

nehmen, die vom Staat erwarten, dass er schnell entscheidet und durchregiert und das Tempo der Finanzmärkte auch den staatlichen Verständigungsprozess beschleunigt. Man hat erkannt, dass die politische Verständigung ein eigenes Verfahren ist, das dem demokratischen Prozess gerecht wird und in dem die Vertreter der Bevölkerung ein stärkeres Gewicht haben als das schnelle Entscheiden.

**conturen:** Nach wie vor viel Geld verschlingt die Euro-Rettung. Wie beurteilen Sie die Maßnahmen, die zur Rettung des Euros beschlossen wurden?

**Friedhelm Hengsbach:** Die Notoperationen der Rettungsschirme sind schnell an ihre Grenzen geraten, weil die Kapitalausstattung zu gering war. So musste die europäische Zentralbank einspringen. Eigentlich hätte man erst die Konzeptionsfehler der Währungsunion angehen müssen. Die Währungsunion ist jedoch auch der Preis, der für die Wiedervereinigung Deutschlands entrichtet werden musste. Er sollte eine stärkere Integration der deutschen Bevölkerung und der überwältigenden Wirtschaftskraft Deutschlands in das europäische Gefüge absichern. Vorher waren der gemeinsame Markt oder die Montan-Union oder die Integration Deutschlands in die Nato der Preis dafür, dass Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in der westlichen Welt akzeptiert und anerkannt wurde.

Daher sollte man nachsichtig sein mit den Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Sie sind schließlich auf deutsches Drängen hin festgelegt worden. Die eine Bedingung heißt, einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen. Sie wurde mit Zahlen beschrieben, die beliebig und ökonomisch überhaupt nicht zu rechtfertigen sind: sechzig Prozent Verschuldung gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt und drei Prozent Neuverschuldung. Hinzu kam, dass die Europäische Zentralbank im Unterschied zur US-amerikanischen Zentralbank und zur Bank of England ausschließlich auf die Stabilität des Preisniveaus fixiert war. Diese rein monetären Kriterien entsprechen dem Credo einer angebotsorientierten und monetaristischen Wirtschaftspolitik, wie sie Anfang der achtziger Jahre von Milton Friedman und von Friedrich August von Hayek konzipiert wurde und unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher die Wirtschaftspolitik bestimmte. In Deutschland entfaltete sie im Lambsdorff-Tietmeyer-Papier ihre

---

---

*Die Euro-Rettung*

---

---

---

---

*Der Euro als  
Preis für die  
deutsche  
Vereinigung*

---

---

---

---

*Friedman, Hayek,  
Reagan, Thatcher*

---

---

politische Sprengkraft. Für die europäische Solidarität hat sie sich als destruktiv erwiesen.

**conturen:** Sehen Sie in der jetzigen Krise Chancen, um diese Konstruktionsfehler zu beseitigen?

---

---

**Bretton-Woods**

---

---

**Friedhelm Hengsbach:** Die Währungsunion müsste, vergleichbar dem Bretton-Woods-System, auf drei fest verankerten Institutionen aufgebaut sein. Das wäre zum einen eine Europäische Zentralbank, die für ein stabiles Preisniveau und einen hohen Beschäftigungsgrad verantwortlich wäre. Derzeit übernimmt sie allerdings auch den Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte, zu dem die nationalen Regierungen in ihren Entscheidungen nicht fähig waren. Das wird von den Regierungen geduldet. Selbst Angela Merkel lässt sich nicht mehr vor den Karren jener Bundesbankvertreter spannen, die eine rigorose Beschränkung auf die Geldpolitik propagieren. Die südeuropäischen Staaten haben die deutsche Regierung allmählich dahin gebracht, die als Notmaßnahme begriffene Aktivität der Zentralbank zu dulden, dass sie am Sekundärmarkt interveniert und Staatsanleihen ankauft, obwohl dieses Verfahren demokratisch im strengen Sinn nicht legitimiert ist.

---

---

**EZB und Südeuropa**

---

---

Die Aufgabe, die regionalen Unterschiede auszugleichen, die in Europa noch weiterhin bestehen, solange die Nationalstaaten ihre Souveränität aufrechterhalten, käme dem Europäischen Währungsfonds zu. Er wäre in Ansätzen dem Internationalen Währungsfonds im Bretton-Woods-System vergleichbar. Dass die regionalen Ungleichgewichte – die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands, der Niederlande und Norwegens und die Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Länder – nicht zu einem Thema gemacht wurden, ist das große Versagen der Regierenden bei der Konstruktion der so genannten Rettungsschirme. Völlig einseitig wurden Maßnahmen gegenüber den Defizitländern ergriffen, die man als Defizitsünder moralisierte. Sparen, Haushaltsdeckelungen und Schuldenbremsen sind eine Strategie des Schrumpfens. Und dieses Schrumpfen in den südeuropäischen Ländern wird auf die deutsche Wirtschaft zurückfallen. Sie wird ihren Exportüberschuss und die starke Industrielastigkeit nicht aufrechterhalten können.

---

---

**„Defizitsünder“**

---

---

---

---

**Eine Schrumpfstrategie**

---

---

Die dritte Institution wäre die Europäische Entwicklungsbank, die es zum Teil bereits gibt als Europäischen Entwicklungsfonds, der besonders schwache Regionen mit Investitionen ausstattet.

Der entscheidende Impuls für wirtschaftliche Belebung und die Schaffung von Arbeitsplätzen muss von der Realwirtschaft kommen. Was wir brauchen, ist ein großes Investitionsprogramm, wie es beispielsweise der Marshall-Plan nach dem Krieg war, der durch die Mobilisierung interner Ressourcen für den Binnenmarkt und nicht nur durch den Außenhandel ein Wachstum in Gang setzte. Dass man Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien darauf verpflichtet, exportfähig zu werden, ist aus meiner Sicht eine riskante Therapie. Denn sie setzt voraus, dass andere Länder importbereit sind. Export allein kann eine Gesamtwirtschaft nicht automatisch in einen Wachstumssog hineinziehen. Das sehen wir an den Entwicklungsländern. Es bilden sich Exportinseln, aber die Entwicklung des großen Teils der Bevölkerung bleibt auf der Strecke. Auch das deutsche Modell kann man nicht einfach auf andere Länder übertragen. Denn Deutschland ist exportstark und industrielastig zum Nachteil anderer Länder. Man braucht unterschiedliche Strategien für unterschiedlich situierte Länder.

**conturen:** Als Helmut Kohl die Währungsunion durchsetzte, wollte er eigentlich auch eine politische Union. Vereinigte Staaten von Europa lautete sogar das Leitbild...

**Friedhelm Hengsbach:** Allmählich wächst das Bewusstsein, dass die Politik im Vordergrund stehen muss. Aber die politische Verankerung Europas braucht zuerst eine große Erzählung. Die Verleihung des Nobelpreises hat dazu eine neue Initiative ausgelöst. Europa muss sich seiner normativen Leitidee, die in den politischen, wirtschaftlich-sozialen und freiheitlichen Menschenrechten gründet, bewusst werden. Traditionelle Wurzel-Vorstellungen von drei Säulen: Athen, Jerusalem und Rom, die der Papst im Deutschen Bundestag anmahnte, taugen dazu nicht. Es geht um Zukunftsperspektiven. Diese bestehen auch nicht in der Erinnerung der älteren Generation an sechzig Jahre Frieden. Wo ist der Beitrag Europas für Frieden und Gerechtigkeit in einer globalen Welt? Da dürfte es keine militärische Aufrüstung geben, auch nicht den gigantischen Export von Rüstungsgütern, der jetzt anstelle von Auslandseinsätzen der Bundeswehr tritt. Es könnte sein, dass Europa sich als ein Wirtschafts- und Währungsraum darstellt mit kultureller Vielfalt, verschiedenen Sprachen und einem hohen Ausmaß an sozialem Ausgleich. Aus dieser Position heraus könnte es ein Angebot an andere Länder machen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialen Zusammenhalt und öko-

---

---

*Vorbild Marshall-Plan*

---

---

---

---

*Deutsches (Export-)Modell nicht übertragbar*

---

---

---

---

*Eine normative Leitidee für Europa*

---

---

---

---

*Europas Vielfalt*

---

---



logische Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden zugunsten aller Menschen.

**conturen:** Richard Nixon löste 1971 den Dollar vom Goldstandard und Margaret Thatcher und Ronald Reagan führten die Deregulierung der Finanzmärkte durch. Sehen Sie unter Barack Obama irgendwelche Zeichen einer Wiedereinführung von Regulierungsmaßnahmen?

---

---

**Sogar USA  
regulieren Invest-  
mentbanken**

---

---

**Friedhelm Hengsbach:** Ja, es heißt oft, dass die US-Amerikaner in manchem den Europäern voraus seien. Das trifft in diesem Fall tatsächlich zu. So haben zum Beispiel die USA die Regulierung der Investmentbanken so vorgenommen, dass diese keinen Eigenhandel betreiben dürfen. Das wäre dem Trennbankensystem vergleichbar, das in Europa vorgeschlagen wird. Dieses sieht vor, dass die unter öffentlicher Aufsicht und Kontrolle und vor allem mit öffentlicher Unterstützung operierenden Banken, die das Einlagengeschäft betreiben und Kredite an Unternehmen vergeben, organisatorisch getrennt werden von den Investmentbanken, die mit dem, was sie an Krediten verdienen, auch eigene Geschäfte betreiben dürfen. Die Regelung, die allerdings am Ende politisch herauskommt, wird ein Kompromiss sein. Je schärfer die Bankinstitute reguliert werden, umso schneller werden die auch die Schlupflöcher finden, um die Regelung zu unterlaufen. Daher ist es notwendig, kooperativ vorzugehen, ohne dass der Staat seine Dominanz aufgibt.

---

---

**Finanztrans-  
aktionssteuer**

---

---

Auch die Finanztransaktionsteuer ist ein Beitrag, der in Ansätzen mehr ist, als man ursprünglich erwarten konnte. Wenn nämlich ein entsprechender Steuersatz erhoben wird, kann es sein, dass manche Finanzgeschäfte gar nicht mehr rentabel sind. Was ebenfalls in den USA bereits praktiziert wird und sich in Europa erst in der gesetzgeberischen Arbeit befindet, sind Maßnahmen, um das Tempo, das durch die automatischen Handelssysteme in die Finanzmärkte und die Wirtschaft hineingekommen ist, auszubremsen. Beispielsweise kann der Börsenhandel ausgesetzt werden, sobald der Aktienkurs eines bedeutenden Unternehmens innerhalb von fünf Minuten aus unerklärlichen Gründen um einen bestimmten Prozentsatz absackt. In Deutschland werden diese automatischen Handelssysteme überwiegend von privaten Unternehmen angeboten, die die Algorithmen dieser Systeme als Betriebsgeheimnisse hüten. Die Ansätze, durch eine öffentliche Aufsicht und Kontrolle mehr Transparenz hinein zu bringen, sind

---

---

**Das Tempo aus  
den Börsen  
nehmen**

---

---

noch weit entfernt von der Regulierung, die die G 20 als Absicht formuliert haben, nämlich alle Finanzunternehmen, alle Finanzprodukte und alle Finanzplätze öffentlicher Aufsicht und Kontrolle zu unterwerfen.

**conturen:** Und wie groß ist die Gefahr, dass das Treiben auf den Finanzmärkten weitergeht wie vor der Krise, dass die Akteure ihre Geschäfte risikoreich betreiben wie vordem und die Regierungen erneut machtlos zusehen, bis sie zu Hilfe gerufen werden?

**Friedhelm Hengsbach:** Das Risiko besteht. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wiederholt es häufig und auch Christine Lagarde, die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, hat es noch einmal zum Ausdruck gebracht: Die Krise ist längst nicht vorbei. Sie metastasiert. Aus einer Immobilienkrise in den USA wurde eine Bankenkrise und da die Zentralbanken eine fast unüberschaubare Liquidität in das Bankensystem hineingepumpt haben, vagabundiert dieses Geld in spekulativen Attacken auf den Devisenmärkten. Diese haben ein viel größeres Volumen als die Märkte für Staatsanleihen. Es vagabundiert auch auf den Rohstoffmärkten, den Nahrungsmittelmärkten und schließlich auf den Märkten für Staatsanleihen. Umgekehrt werden Kreditzusagen zurückgenommen oder nur unter höheren Kosten für die Staaten aufrechterhalten.

Andererseits sehe ich bei den nationalen Regierungen und bei den internationalen Instituten, also dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank, Lernprozesse, dass sie sich nicht noch einmal den Interessen der Privatbanken und privaten Finanzinstitute unterwerfen. Dass jetzt das Anliegen der südeuropäischen Länder erfüllt wird und eine Bankenunion mit Kontrollen und Aufsichtsfunktionen eingerichtet wird, ist einer der Schritte, um die Dominanz der nationalen Regierungen zu stärken. Damit soll verhindert werden, dass abermals zwölf demokratisch legitimierte Regierungen unter dem Druck der Finanzmärkte einfach ausgetauscht werden. Ich sehe den Lernprozess auch bei Angela Merkel. Wenn man ihre Reden über Europa mit denen vergleicht, die sie vor zwei oder zweieinhalb Jahren im Kreis von Parteifunktionären gehalten hat, merkt man die stärkere Betonung europäischer Solidarität, die einen behutsamen Finanzausgleich und einen Transfer einschließt, damit die Lebensbedingungen in den einzelnen Ländern einander angeglichen werden.

---

---

*Die Krise  
metastasiert*

---

---

---

---

*Das  
Spekulationsgeld  
vagabundiert*

---

---

---

---

*Angela Merkel  
lernt*

---

---

---

---

***Was bedeutet  
Solidarität?***

---

---

Was in Deutschland sogar in der Verfassung steht, wird in zunehmendem Maße auch in Europa als Voraussetzung einer politischen Union anerkannt, dass wir Solidarität nicht nur aus der Sicht der Starken heraus formulieren, um die Schwächeren zu Anstrengungen zu bewegen. Vielmehr müssen die Starken bereit sein, entsprechend ihrer Stärke Beiträge zugunsten der Schwachen zu liefern, die einen Anspruch auf Hilfe haben, weil sie schwach sind. Wir gehören zusammen und wollen ein gemeinsames Europa in der Welt als politische Größe und einen Wirtschaftsraum, in dem die Menschenrechte geachtet werden und die sozialen Verhältnisse ausgewogen sind.